

Protestbündnis für bessere Bildung

Lehrer, Eltern, Schüler rufen zur Demo auf

Frank Jung

KIEL Zu der Uhrzeit, zu der die Pressekonferenz begann, ließ der bundesweite „Warntag“ gerade alle Handys und Sirenen schrillen: Durchaus passend zur Alarmstimmung im Bildungssystem, die die Runde überbringen wolle, entfuhr es Bernd Schauer, dem Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung & Wissenschaft (GEW).

Gemeinsam mit Vertretern von Eltern, Schülern und aus der Weiterbildung will seine Organisation Unzufriedenheit Luft machen. Die Akteure haben sich zu einem Bündnis „Bildungswende jetzt!“ formiert, das den politisch Verantwortlichen bei einer Groß-Demo am 23. September deutlich auf die Finger hauen will. Die Zeit für den Auftakt am Gewerkschaftshaus, 12.05 Uhr, wurde nicht zufällig gewählt. Sie enthält selbst die Botschaft: Es sei für eine gelingende Arbeit in Kitas und Schulen bereits fünf nach Zwölf. Die Aktion ist Teil eines deutschlandweiten Protesttags. Er will für ein Sondervermögen Bildung im Bundeshaushalt von 100 Milliarden Euro eintreten.

„Zu lange wurde bei der Bildung gespart“, lautet der Vorwurf der GEW-Vorsitzenden Astrid Henke. „Darunter leiden die Kinder, die Jugendlichen und die Beschäftigten gleichermaßen.“ Sorgen bereitet Henke insbesondere, dass die Lehrkräfte zu wenig Zeit hätten, sich jenseits des eigentlichen Unterrichtens Schülern zuzuwenden. Klassenlehrkräfte müssten dafür mehr Arbeitszeit zur Verfügung erhalten und im Gegenzug weniger Stunden vor der Klasse geben müssen. Diesen Vorschlag versteht die GEW-Chefin als ein Beispiel für ihren Appell nach insgesamt besseren Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Erzieher. Nur so werde man den zunehmenden Nachwuchsmangel in beiden Berufen abbauen können.

Claudia Pick, Vorsitzende des Landeselternbeirats Gymnasien, wies auf die bereits jetzt deutlichen Folgen hin: „Unterrichtsausfall wird zu oft schön geredet mit dem Kürzel Eva, kurz für Eigenverantwortliches Arbeiten.“ Dabei erhält eine Klasse ohne Lehrer dann die ganze Stunde lang Aufgaben, die sie allein bearbeiten muss. „Unterricht braucht Fachlehrkräfte in ausreichender Zahl“, sagte Pick.

„Zu viele Schulen stecken im Sanierungsstau“, attackierte sie die dafür verantwortlichen kommunalen Träger. Wie Pick forderte auch Torsten Muschinski, Vorsitzender des Landeselternbeirats Gemeinschaftsschulen, „echte Lernmittelfreiheit“. Darunter verstehen beide, das sämtliche Lernmaterial nichts kosten darf – einschließlich digitaler Endgeräte.

Psychologische Hilfe für Schüler

Ein Kernanliegen Picks war, „dass für das psychische Wohlbefinden von Schülern mehr Ressourcen bereitgestellt werden müssen“: „Nur, wenn es einem gut geht, kann man gut lernen.“

Lovis Eichhorn, Landeschülersprecher Gymnasien, erlebt es so: „Viele Lehrkräfte versuchen durchaus, Schülern auch psychologisch zu helfen. Aber das ist eigentlich nicht ihre Aufgabe.“ Dazu brauche es mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen.

Muschinski appellierte daran, „dass das gegenseitige Abwerben von Lehrkräften“ zwischen Bundesländern aufgehört müsse. Er befürchtet eine weitere Abwanderung aus dem Landessüden nach Hamburg, nachdem die Hansestadt Grundschullehrkräften jetzt die volle Besoldungsstufe A 13 plus einer Zulage gewähre. GEW-Chefin Henke schätzt die Gehaltslücke zu Grundschullehrkräften in Schleswig-Holstein je nach Berufsjahren auf etwa 300 Euro je Monat.